

Euro

Weitere Fehler vermeiden!

von

Wilfried Fuhrmann

Zur Zitation:

Fuhrmann, W. (2000), Euro - Weitere Fehler vermeiden!,
in: <http://www.EU-Integration.de> (2000-10-01)

I. Zur Situation

Seit über 20 Monaten gibt es den Euro. Diese von Politikern geschaffene neue Währung wurde u.a. aus der Lire, dem Escudo, der Pesete und auch der DM gebildet und hat diese abgelöst. Wir halten zwar noch keine Euro-Scheine und Münzen in der Hand, aber wir haben keine DM mehr.

International steht bekanntlich nicht die DM, sondern der Euro im Wettbewerb mit dem US-Dollar, Yen, Schweizer Franken, britischen Pfund usw.. Und international, dort wo die Händler und Anleger Alternativen haben, liegt der Euro wie Blei in den Regalen. Er läßt sich auch nach den jüngsten koordinierten Devisenmarktinterventionen immer schlechter „vermarkten“. Dieses zeigt nicht nur das Nein des dänischen Volkes. Die Welt zahlt immer weniger Dollar oder andere Währungen für ihn. Die Politiker haben offensichtlich kein überzeugendes Gut, kein neues Gut auf den Markt gebracht, welches den Bedürfnissen der international Tätigen so entspricht wie der Dollar oder früher die DM. Und wer ein unreifes Produkt auf den Markt bringt, der muß einfach Preisnachlässe akzeptieren - oder es wieder vom Markt nehmen.

Milde belächelt wurden die angesichts der Art und Weise der Einführung des Euros skeptischen Ökonomen u.a. von vielen Politikern, sog. Chef-Volkswirten und Verbandspräsidenten. Einige erklären nun heute, daß diese Abwertung des Euros nicht bedeutsam sei. Und es wird darauf verwiesen, daß durch die Abwertung unsere Beschäftigung und Exporte stark steigen - allerdings liegt dieses eher an der guten Konjunktur in den USA und ansonsten müßten viele Theorien sowie u.a. auch das RWI

falsch liegen, welches jüngst nur einen geringen Effekt auf unsere Exporte ermittelte. Oder es wird erklärt, daß die international Tätigen den wahren Wert des Euros nicht erkennen - demnach müßten Ignoranten und Spekulanten, gar böse Mächte am Werk sein.

Auf die ebenso unbekümmert vorgetragenen Erklärungen der Art, daß auch die alte DM so zum US-Dollar stehen würde, wie jetzt der Euro steht und daß auch die DM nach der Wechselkursfreigabe starke Schwankungen aufwies, kann man wenig erwidern. Wie will jemand auch nur annähernd den Als-Ob-Kurs der DM auch nur annähernd schätzen (es gibt weder einen Schwarzmarktkurs zwischen Euro und DM noch eine einheitliche wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum)? Welchen Sinn soll der Vergleich von Wechselkursschwankungen zwischen vielen Währungen nach Aufgabe des jahrelang verzerrend wirkenden politisierten Festkurssystems von Bretton-Woods mit der trendhaften Abwertung einer neuen Währung gegenüber fast allen anderen Währungen schon machen?

II. Politische Eingriffe haben ökonomische Kosten

Hier wurde mit einer eigentlich guten Idee wohl eher ein schlechter Job bisher gemacht. Vielleicht glaubte man, schnell den Zipfel der Geschichte erhaschen zu müssen. Oder man vertraute den Lobbyisten oder glaubt(e) gar, daß Politik ökonomische Verhaltensweisen verdrängen kann (und soll).

Wir müssen uns mit Tatsachen abfinden. Der Euro ist weniger Dollar wert als bei seiner Einführung. Wir alle müssen für Produkte aus dem Nicht-Euro-Raum höhere Euro- bzw. DM-Preise bezahlen und verfügen alle über eine gesunkene Kaufkraft. Auch ein Teil der höheren Öl-, Gas-, Benzin- und Dieselpreise usw. verdanken wir diesem Euro. Wir müssen für dieselbe Menge an importierten Gütern mehr exportieren und mehr arbeiten. Wir können die Löhne nicht im Ausmaß der Produktivität erhöhen (wegen dieses Kosteneffektes). Wir müssen akzeptieren, daß sich die internationale DM-Währungsgemeinschaft auflöst und aus ökonomischen Gründen keine Euro-Gemeinschaft bildet (wenig nützt hier ein politisch beruhigender Zusatz der Art: noch nicht). Und wer sein kleines Vermögen in Dollar angelegt hätte, statt es einfach dort zu halten und per Gesetz denominieren bzw. in Euro umwandeln zu lassen, wie zur Zeit der DM und vor der Einführung des Euros, der hätte eine 10-fach höhere Verzinsung gehabt.

Diese einfachen ökonomischen Zusammenhänge müssen akzeptiert und die politischen Eingriffe (man denke an die Auslegung der Konvergenzkriterien, an die noch laufenden Zahlungen an Spanien und andere Länder über den Kohäsionsfonds, an den kommenden Einbezug der Drachme usw.) eingestanden werden. Politische Eingriffe haben ihren Preis. Sie verursachen ökonomische Kosten. Dies darf weder geleugnet noch nur ignoriert werden.

Erst wenn dieses gelernt wurde und wenn es in das allgemeine (man müßte sagen europäische) Bewußtsein gedrungen ist, können wir an die Zukunft denken und versuchen, den Preisverfall des Euros zu stoppen. Wie?

III. Falsche Wege

Es gibt verschiedene wohlfeile Ratschläge.

Einige schlagen Kontrollen des internationalen Kapitalverkehrs vor, ein indiskutabler, absolut falscher Weg. Allein infolge der Diskussion würde man aus dem Euro fliehen und sein Wert würde weiter sinken.

Ebenso gefährlich wären Diskussionen über die Organisation und Aufgaben der Zentralbank oder über einzelne Personen in der EZB (Ablösung des jetztigen Präsidenten durch einen nationalen Kandidaten und dergl.)

Andere fordern Devisenmarkt-Interventionen für den Euro durch die Zentralbank, d.h. den Verkauf von Währungsreserven. Dieses aber schränkt die Unabhängigkeit der Geldpolitik ein und schadet der Glaubwürdigkeit der Zentralbank. Darüberhinaus sind Interventionen so, als ob die Zentralbank mit „unserem“ Vermögen ins Casino ginge. Interventionen haben langfristig so gut wie nie Effekte und kurzfristig beeinflussen sie die Erwartungen der Märkte nur, wenn diese insgesamt unsicher sind, ob der Preis weiter fällt oder nicht.

Aber warum soll der Marktwert des Euros nicht noch niedriger sein als er jetzt ist? Es gibt gute Gründe dafür, daß er weiter sinken kann. Die negativen Konjunkturreffekte der durch die Abwertung gestiegenen Importpreise kommen noch erst, die zumeist angeführte Kaufkraftparitätentheorie erklärt nur wenig und in den USA ist das Wachstum anhaltend höher, die Arbeitslosigkeit geringer und die relative Inflationsgefahr (angesichts der Vollbeschäftigung und der weniger dynamischen Anpassungseffekte) nicht größer als im Euroraum. Dabei gibt es weder ein Beschäftigungswunder in den USA, noch haben unsere Politiker eine Jobmaschine, es gibt keine! Wir haben seit Jahren große Strukturprobleme (was wir von Politikern heute fordern zu deregulieren, haben sie früher miteingeführt). Wir sind jahrelang bei Innovationen, Technologie und Produktivitätsentwicklung relativ zurückgefallen. Und, auch bei bester Absicht, sind unsere seit vielen Jahren anhaltenden Probleme solange nicht zu lösen, wie man auch nur im Hinterkopf glaubt, daß ältere Arbeitnehmer jüngeren den Job wegnehmen oder daß die Politik eine gegebene Menge an Arbeit und das Einkommen „verteilen“ müssen.

In die Irre führen auch Vorschläge, die faktisch in Richtung mehr Zentralismus in Deutschland oder zu einer EU-vergemeinschafteten Finanzpolitik mit einem EU-Finanzkommissar führen (nach dem Motto: erst der nächste Integrationssschritt läßt die ökonomischen Aspekte des vorhergegangenen zum

Durchbruch kommen). Es ist nicht alles zu politisieren und politisch zu vereinheitlichen.

IV. Konsolidierung in den Ländern des Euroraum

Notwendig ist freierer Wettbewerb, einschließlich eines föderaler Wettbewerbs - aber mit Ideen und konsistenten ordnungspolitischen sowie makroökonomischen Konzepten, nicht mit Subventionen.

Notwendig ist die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Aber es geht ökonomisch weniger um eine quantitative Konsolidierung, sondern mehr um eine qualitative. Aus der qualitativen und dem effizienteren Einsatz der öffentlichen Mittel folgt automatisch auch die quantitative. Sinken müssen u.a. die Ausgabenanteile für Subventionen, für Parteien und den politischen Apparat, einschließlich vieler (neuer) Stiftungen insgesamt. Sind hier Ziel-Kriterien und Maßstäbe verloren gegangen?

Steigen müssen die Ausgabenanteile für Infrastruktur-Investitionen (auch mit niedrigeren Bahn- und ÖPNV-Tarifen) sowie für Verbraucherschutz (auch als Teil des Humankapitals als eigenständige Determinante des Wachstums und auch als Teil einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik mit ebenso positiven Beschäftigungseffekten wie die Wettbewerbspolitik), Schulen und Berufsschulen, Fachhochschulen und Universitäten usw.. Dabei muß die Finanzierung von tagespolitisch gewünschten Projekte unabhängig sein - wieviel Umweltberater gibt es wohl noch? Politische Vorgaben erhöhen weder die Ausgabeneffizienz noch reduzieren sie die Unsicherheit der Humankapitalbildung usw..

V. Institutioneller Rahmen, Konsens und reale Basis

Die DM war nicht nur dank der unabhängigen Bundesbank starkt, sondern solange Bildung und Ausbildung, Humankapital als hohe Werte ansich galten, solange wir Fachwissen bzw. -kompetenz schätzten, solange Unternehmen noch längerfristig auch die Mitarbeiterausbildung konzipierten (also bevor in kurzer Zeit die Nachfrage nach Ingenieuren, Informatikern usw. in Deutschland mit Rückschlag auf die Universitäten „wegbrach“) bzw. Flexibilität immer mehr als die Bringschuld des Anderen betrachtet wurde und solange ein gesellschaftlicher Konsens dahingehend bestand, wettbewerbsorientiert die Leistungsstarken möglichst frei säen und ernten zu lassen und die Langsameren oder Benachteiligten heranzuführen, zu fördern und zu sichern (anstelle frühzuerrenten usw.). Unternehmen entwickelten ihr Mitarbeiter selbstverständlich weiter, wir beginnen heute mühsam und sprachmodernistisch über die Notwendigkeit von Mitarbeiterentwicklung und Human-Ressource-Management zu diskutieren.

Es bedarf neben des institutionellen Rahmens (u.a. in Form der Unabhängigkeit einer selbstbewußten Zentralbank) und des

gesellschaftlichen Konsenses über die Aufgaben des Staates sowie gesellschaftlicher Ziele einer realwirtschaftlichen Basis („Fundamentalfaktoren“). Zu dieser realwirtschaftlichen Basis gehört zuerst ein anhaltendes Vertrauen der Menschen in die (eigene und gesellschaftliche) Zukunft sowie in den Markt-Netto-Lohn aus eigenen Markt-Anstrengungen (und nicht aus erfolgreichem Gruppen-Lobbying oder staatlichen Politiken, die zu einem Verhältnis aus Netto-Lohn zu Arbeitsplatzkosten von 1:3 bis 1:4 führen). Der dahinterstehende allokatonspolitische Eingriff erhöhen nicht nur die Schwarzarbeit bzw. die Bedeutung der komplementären Untergrundwirtschaft sowie das Rentenproblem, sondern auch die Dollarisierung einschließlich der (auch Human-)Kapitalexporte.

VI. „Vater Staat“?

Mit steigendem Wohlstand bzw. Vermögen verändern sich auch die kurzfristigen Gestaltungsmöglichkeiten und Einstellungen zu bestimmten Werten. Aber falsch ist bezüglich des Euros der Ruf nach den Politikern oder nach einer weiteren institutionellen EU-Integration und neuen EU-Fiskalkommissaren oder nach „Vater Staat“. Diesem (und sich selbst) muß die Politik widerstehen.

Ein guter „Vater“ stärkt Eigenständigkeit und die Unabhängigkeiten, auch die der Zentralbank (Devisenmarkt-interventionen, Leitlinien im internationalen Währungssystem usw. würden sie schwächen). Er greift möglichst wenig ein, demotiviert nicht und belastet nicht zunehmend die (noch nicht resignierten oder die zumindest steuerlich noch nicht abgewanderten) Leistungsträger. Er schafft Freiräume und fördert die Entfaltungsmöglichkeiten insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen sowie aller Bürger. Diesem entgegen wirken allerdings solche Aspekte der Steuerreform, die eine Orientierung weg vom Unternehmertum und hin zu einer Aktienkultur und politischen Fondgesellschaft durch nicht rechtsformneutrale bzw. (auch bei geringen Kosten der Wandlung der Rechtsform) sich verzerrend auswirkende Maßnahmen schaffen.

VII. Hat der Euro eine Zukunft?

Vernachlässigt man den „Absturz“ der anderen Währungen infolge politischer Fehler, so kann die Zukunft des Euros nur aus unserer bzw. der des Euroraumes (in Überlappung mit dem EU-Raum) entstehen. Dann scheint zu gelten:

Wenn wir lernen, daß politische Ziele und Eingriffe ökonomische Kosten verursachen bzw. (abdiskontiert) Vermögensverluste, und wenn wir wieder den Wert der Unabhängigkeit von Organisationen erkennen, die delegierte Aufgaben eigenverantwortlich erfüllen (wie EZB, Kartellbehörden, Verbraucherorganisationen, Universitäten usw.) und ordnungspolitisch sowie makroökonomisch für einen entsprechenden institutionellen Rahmen sorgen

und
wenn wir wieder Vertrauen in unsere Zukunft gewinnen, wobei es
bis dahin noch ein langer Weg zu sein scheint,
dann
werden auch die internationalen Akteure Vertrauen in den Euro
haben. Dann erst wird der Euro eine stabile Währung und sein
Wert wird steigen.

Potsdam, 1.10.2000

Adresse des Autors:
Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann
Institut für Makroökonomik
Universität Potsdam
August-Bebel-Str. 89
D - 14482 Potsdam
e-mail: fuhrmann@rz.uni-potsdam.de
Tel/Fax.: ++ 49 - (0) 331-97732-19/-23